Pressespiegel + Reaktionen Juni + Juli 2006 zum Thema:
Regionalstellen vor dem Aus - Stand: 7.7.2006

Homepage des MGFFI NRW:

Regionalstellen "Frau und Beruf"

Frauen treffen in ihrem beruflichen Werdegang noch immer auf Hindernisse. Hier setzen die Angebote der 46 Regionalstellen "Frau und Beruf" an. Sie bieten an 51 Standorten ein landesweites Angebot rund um die Erwerbstätigkeit von Frauen. Dazu gehören Information und Beratung zu Berufswahl und Ausbildung, Weiterbildung und beruflichem Aufstieg, zum Wiedereinstieg nach der Familienphase und zur Existenzgründung.
Die Regionalstellen kooperieren mit Arbeitsagenturen, Kammern, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Bildungsträgern, Unternehmen und Schulen. Sie sind Ansprechpartnerinnen für alle frauenpolitischen Akteurinnen und Akteure und natürlich für Frauen, die Rat suchen. Die Regionalstellen gibt es bereits seit 1988. Heute sind sie längst ein anerkannter Bestandteil der kommunalen und regionalen Beratungsstruktur.
Quelle: http://www.mgffi.nrw.de/frauen/frau-und-beruf/regionalstellen.html
Stand: 7.7.2006

Reaktionen aus dem Land NRW:

Land streicht "Frau und Beruf"

Düsseldorf. Die Förderung für die 46 Regionalstellen "Frau und Beruf" durch das Land wird 2007 eingestellt. Gleichstellungsminister Armin Laschet (CDU) teilte in Düsseldorf mit, die Gleichstellungspolitik solle gebündelt werden. Es gebe in NRW ein "überflüssiges Nebeneinander ähnlicher Angebote". Die Aufgaben der Regionalstellen sollen von zuständigen Ministerien wahrgenommen werden. Dpa
Quelle: WAZ

Gerda Kieninger: Laschet bricht sein Wort bei Regionalstellen "Frau und Beruf"

Die SPD-Landtagsfraktion hat die schwarz-gelbe Landesregierung aufgefordert, die 46 Regionalstellen "Frau und Beruf" in NRW zu erhalten und die Landesförderung nicht einzustellen. "Mit der Einstellung der institutionellen Förderung entfällt für die Regionalstellen die Existenzgrundlage. Keiner der Träger - ob kommunal oder frei - wird in der Lage sein, diese Mittel abzufedern. Auch eine angekündigte Projektförderung wird weder ausreichen, die Finanzlücke zu schließen, noch kann sie eine verlässliche Grundlage für ein weiteres Engagement der Träger darstellen", warnte Gerda Kieninger, frauenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion.
Noch vor wenigen Wochen habe Minister Laschet im Frauenausschuss des Landtages verkündet, es werde auch im Jahre 2007 noch Regionalstellen "Frau und Beruf" geben - wenn auch in veränderter Zuständigkeit und reduzierter Zahl. Nun wolle die Landesregierung die Förderung der Regionalstellen zum 1. Januar 2007 endgültig einstellen.
Kieninger: "Das ist ein Tod auf Raten. So geht man nicht mit Trägern und Beschäftigten um. Es werden alle die vor den Kopf gestoßen, die im Vertrauen auf die Ankündigungen des Ministers viel Engagement

darin investiert haben, Modelle zu entwickeln, wie unter veränderten Rahmenbedingungen eine Fortführung der Aufgaben der Regionalstellen gestaltet werden kann."
Quelle: www.nrwspd.de

Regionalstellen "Frau und Beruf" werden geschlossen

Steffens: Laschet schickt die Frauen an den Herd!

Auf nicht einmal drei Seiten hat das Laschet-Ministerium heute den Kommunen das Aus für die Regionalstellen "Frau und Beruf" mitgeteilt. Dazu erklärt **Barbara Steffens MdL**, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Frauen und Arbeitspolitik:
„Das Verhalten von Minister Laschet ist ein Skandal! Nicht nur, dass er seine eigenen Zusagen über den Haufen wirft, er versucht dies auch noch sang- und klanglos im Windschatten der beginnenden Ferien zu tun.
Ursprünglich hatte Minister Laschet während der Ausschusssitzung angekündigt, die Zahl der Regionalstellen reduzieren zu wollen, er werde nach den Ferien ein entsprechendes Konzept vorlegen. Schon das wäre ein Schritt in die falsche Richtung gewesen. Nun aber streicht er die gesamten Mittel mit dem lapidaren Hinweis, die vorhandene Infra- und Förderstruktur reiche aus, die Regionalstellen hätten also ihre Schuldigkeit getan und seien insofern überflüssig.
Damit stellt sich der zuständige Minister gegen die gesellschaftliche Wirklichkeit, denn noch immer werden Frauen im Berufsleben benachteiligt und ist für sie der Einstieg in das Berufsleben ungleich schwerer als für Männer. Diese Politik bedeutet im Klartext: Frauen an den Herd!
Anscheinend soll die WM-Euphorie und die Urlaubsstimmung am letzten Schultag in NRW 'genutzt' werden, damit dieses Ministerium sein Scherflein zur so genannten Haushaltskonsolidierung - wiederum auf dem Rücken ohnehin Benachteiligter - beitragen kann.
Das werden wir nicht durchgehen lassen und alles dafür tun, die Regionalstellen in ihrer wertvollen und erfolgreichen Arbeit zu erhalten.“
Quelle: www.gruene.landtag.nrw.de

□

Frauen fordern Regionalstellen

ESSEN taz Das Frauennetzwerk Ruhrgebiet fordert den Erhalt der Regionalstellen Frau und Beruf.

"Die Streichung schwächt die Position von Frauen auf dem Arbeitsmarkt", sagte Gudrun Kemmler-Lehr, Gleichstellungsbeauftragte beim Regionalverband Ruhr. Die Beratung sei von Frauen stark nachgefragt worden, zum Beispiel für den Wiedereinstieg in den Beruf nach der Babypause. NRW-Gleichstellungsminister Armin Laschet (CDU) hatte angekündigt, die 46 Regionalstellen im Land ab 2007 nicht mehr zu fördern. JOE
Quelle: taz NRW vom 29.6.2006

Land stellt Förderung für "Frau und Beruf" ein

Die Förderung der 46 Regionalstellen "Frau und Beruf" des Landes Nordrhein-Westfalen wird ab 2007 eingestellt. Das erklärte Familienminister Armin Laschet (CDU) am Freitag (23.06.06) in Düsseldorf. "Das Instrumentarium der vom Frauenministerium finanzierten Regionalstellen Frau und Beruf hat sich überholt, da inzwischen auch andere andere Ressorts die Erwerbsbeteiligung von Frauen selbst intensiv fördern", erklärte Laschet. Es gebe in NRW ein "überflüssiges Nebeneinander ähnlicher Angebote". Damit

sei jetzt Schluss. Das eingesparte Geld werde für den Schuldenabbau des Landes verwendet, so Laschet. Die Aufgaben der Regionalstellen sollen durch andere Angebote der jeweils zuständigen Ministerien ersetzt werden. So werde künftig das Wirtschafts- und Arbeitsministerium verstärkt die Chancengleichheit von Männern und Frauen unterstützen und fördern.
Mit der Einstellung der Förderung schicke Laschet die Frauen an den Herd zurück, kritisierte hingegen die stellvertretende Grünen-Fraktionsvorsitzende im Düsseldorfer Landtag, Barbara Steffens. "Noch immer werden Frauen im Berufsleben benachteiligt", so Steffens. Gerade für Frauen sei der Einstieg ins Berufsleben ungleich schwerer als für Männer.
Quelle: http://origin.wdr.de/themen/politik/nrw03/regionalstellen_frau_beruf/index.jhtml

49 Regionalstellen Frau und Beruf wird die Unterstützung gestrichen

venus_fm vom 1. Juli 2006, 15.05 Uhr

Der NRW - Frauenminister Armin Laschet hat bekannt gegeben, dass die 49 Regionalstellen Frau und Beruf in NRW geschlossen werden, seine Begründung: "Das Instrumentarium der vom Frauenministerium finanzierten Regionalstellen Frau und Beruf hat sich überholt, da inzwischen auch andere Ressorts die Erwerbsbeteiligung von Frauen selbst intensiv fördern". venus_fm hinterfragt kritisch, warum ausgerechnet Stellen geschlossen werden, die sich intensiv um Belange von berufstätigen Frauen kümmern.
Redaktion: Ana Schotte
Quelle: www.wdr5.de

Reaktionen aus den Städten in NRW:

Ahaus:

Frau und Wirtschaft schließt 2007

Ahaus/Kreis - Die Tage der **Regionalstelle** "Frau und Wirtschaft" sind gezählt.

"Das Land NRW hat uns am Freitag mitgeteilt, dass ab 2007 die Förderung für alle Regionalstellen entfällt", so Bernhard Könning, Leiter der Berufsbildungsstätte Westmünsterland GmbH in Ahaus. Die BBS ist die Trägerin der 1990 gegründeten Einrichtung, die sich für die berufliche Chancengleichheit von Frauen im Kreis Borken einsetzt.
Das Aus sei im Zuge der Sparmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen nicht überraschend gekommen, so Könning. Das ändere aber nichts an der Tragweite des Beschlusses: "Ein weiterer Aderlass für die Region", so der BBS-Chef.
Drei Mitarbeiterinnen in Gronau sind von der Schließung in einem halben Jahr inmittelbar betroffen - Tausende Frauen im ganzen Kreis mittelbar. Von Berufswahlorientierung und Lebenswegplanung für Mädchen über beruflicher Wiedereinstieg, Neuorientierung und Existenzgründung bis zur Förderung betrieblicher Chancengleichheit reicht das Aufgabenspektrum, das künftig entfällt. - sy-
Dienstag, 27. Juni 2006 | Quelle: Münsterland Zeitung (Ahaus)

Ahlen:

Für Frauen hat das Land kein Geld mehr

Ahlen. Irgendwie gerechnet hatte Christa Paschert-Engelke mit der Nachricht schon lange. Aber als sie am Freitag dann bei ihr auf dem Tisch im Büro lag, war sie doch vom Donner gerührt: Die Landesregierung stellt die Förderung der **Regionalstelle**n Frau und Beruf zum Ende dieses Jahres ein. 16 Jahre lang stand der Schreibtisch der Vorhelmerin in eben dieser **Regionalstelle**, zuerst in Beckum, danach in Ahlen. Der Kreis und die Bürgermeister haben eine Bezuschussung ja seinerzeit abgelehnt, erinnert Paschert-Engelke. Daraufhin gründete sich der Verein zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit im Kreis Warendorf (VFFE), dem es immerhin gelang, dass die beiden Städte Ahlen und Sendenhorst an Bord blieben. Beide beteiligen sich an den Kosten mit jeweils zehn Prozent, wobei es sich dabei um Sachleistungen handelt, wie Paschert-Engelke erläutert.
Benedikt Ruhmöller bescheinigt der **Regionalstelle** und den drei Frauen, die sich zu dritt anderthalb Stellen teilen, über viele Jahre gute Arbeit geleistet zu haben. Es wäre fatal, so der Ahlener Bürgermeister, wenn die gute Arbeit bei der Förderung der Frauenerwerbsarbeit, die im Kreis immer noch unter dem Landesdurchschnitt liegt, nicht in irgendeiner Weise fortgeführt würde. Die beiden Städte seien aber nicht in der Lage, für das Land finanziell in die Bresche zu springen. Ruhmöller erwartet jetzt auf diesem Gebiet zusätzliche Anstrengungen von Arbeitsagentur, ArGe und den Wirtschaftsförderungsgesellschaften. Zum Beispiel unter anderem bei der Beratung von Existenzgründerinnen.
Auch die SPD-Landtagsabgeordnete Annette Watermann-Krass, zweite VFFE-Vorsitzende, sprach von einem schweren Rückschlag. In der am Freitag verbreiteten Erklärung hatte der zuständige Minister Armin Laschet lapidar verlautbaren lassen: Das Instrumentarium der ... **Regionalstelle**n hat sich überholt.
Dienstag, 27. Juni 2006 | Quelle: Ahlener Zeitung (Ahlen)

Regionalstelle Frau und Beruf wird zum 1. Januar 2007 aufgelöst - Minister Laschet bricht erneut sein Wort :

Noch vor wenigen Wochen hatte der zuständige Minister Laschet im Frauenausschuss verkündet, es werde auch im Jahre 2007 Regionalstellen Frau und Beruf geben - wenn auch in veränderter Zuständigkeit und reduzierter Zahl. Nun ist klar, dass die Landesregierung zum 1. Januar 2007 die Förderung der Regionalstellen endgültig einstellen will. Dies bedeutet auch das Aus für die Einrichtung in Ahlen.
Quelle: http://spdnet.sozi.info/nrw/wdorf/anfnrw/

Regionalstelle Frau und Beruf wird zum 1. Januar 2007 aufgelöst - Minister Laschet bricht erneut sein Wort:

Noch vor wenigen Wochen hatte der zuständige Minister Laschet im Frauenausschuss verkündet, es werde auch im Jahre 2007 Regionalstellen Frau und Beruf geben - wenn auch in veränderter Zuständigkeit und reduzierter Zahl. Nun ist klar, dass die Landesregierung zum 1. Januar 2007 die Förderung der Regionalstellen endgültig einstellen will. Dies bedeutet auch das Aus für die Einrichtung in Ahlen.

Annette Watermann-Krass, SPD-Landtagsabgeordnete und Mitglied des Frauenausschusses bedauert die Entscheidung: "Mit der Einstellung der institutionellen Förderung entfällt auch für die Regionalstelle hier vor Ort die Existenzgrundlage und das bei der weit unterdurchschnittlichen Berufstätigkeit von Frauen von 48,3 Prozent im Bezirk der Agentur für Arbeit in Ahlen. Keiner der Träger - ob kommunal oder frei -

wird in der Lage sein, diese Mittel abzufedern. Auch eine angekündigte Projektförderung wird weder ausreichen, die Finanzlücke zu schließen, noch kann sie eine verlässliche Grundlage für ein weiteres Engagement der Träger darstellen."

Die Entwicklung sei vor allem deshalb ärgerlich, weil eine wichtige Anlaufstelle für Berufseinsteigerinnen, Existenzgründerinnen und junge Mädchen wegfalle. Es bleibe mehr als fraglich, wer diese Form der Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf jetzt übernehmen könne. Watermann-Krass: "Dies ist ein schwerer Schlag für die Förderung der Frauenerwerbstätigkeit in unserer Region."
So könne man nicht mit Trägern und Beschäftigten umgehen. "Das stößt diejenigen vor den Kopf, die im Vertrauen auf die Ankündigungen des Ministers viel Engagement darin investiert haben, Modelle zu entwickeln, wie unter veränderten Rahmenbedingungen eine Fortführung der Aufgaben der Regionalstellen gestaltet werden kann."
Zur Zukunft der Regionalstellen findet am 28. August um 14.30 Uhr eine Veranstaltung der SPD-Landtagsfraktion im Düsseldorfer Landtag statt, auf der Watermann-Krass ihre Vorstellungen deutlich machen wird.
Quelle: http://spdnet.sozi.info/nrw/wdorf/

Bochum

Das Ende von Frau und Beruf

Das Land hat angekündigt, auch die Regionalstelle im Bochumer Rathaus schließen zu wollen. Leiterin Czajka: "Der Schock sitzt tief." Sie hat in einem Brief von den Plänen erfahren Von Kirsten Simon Ein Modell für Chancengleichheit, für die Stärkung von Frauen und für eine geschlechtergerechte Arbeitsorientierung wird es bald nicht mehr geben: Die Regionalstelle Frau und Beruf schließt zum Jahresende. "Der Schock sitzt tief", sagt Regina Czajka, Leiterin der im Rathaus ansässigen Regionalstelle und Gleichstellungsbeauftragte. Sie und ihre zwölf Kolleginnen, die außer für Bochum auch für Hattingen, Herne und Witten zuständig sind, haben per Brief von der geplanten Schließung erfahren. Ein Brief, den das NRW-Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration abgeschickt hatte. Also: Eine Entscheidung des Landes. In dem Schreiben heißt es, dass die Regionalstellen Frau und Beruf seit 1988 eingerichtet worden sind, weil die Gleichstellung von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu wenig beachtet worden sei. Doch im Laufe der Jahre sei die Chancengleichheit auf diesem Gebiet bedeutsamer geworden. Ein Trend, der auch ohne die Regionalstellen Frau und Beruf weiter verfolgt werden solle, so die Ankündigung.

Regina Czajka kann das nicht verstehen: "Es gibt nach wie vor enormen Handlungsbedarf. Wir hoffen inständig, dass der Dialog über die Zukunft unserer Regionalstelle noch nicht am Ende ist." Vieles auf dem Gebiet Frau und Beruf sei in den vergangenen zehn Jahren besser geworden, "das sicherlich", sagt Regina Czajka. Aber dieser Erfolg hänge stark mit der Arbeit der Regionalstelle zusammen. "Wir finden die Begründung für das Aus mager und sind frauenpolitisch geplättet." Auch die grüne Bürgermeisterin Astrid Platzmann äußert sich besorgt über die Pläne: "Dieses Vorgehen ist ein Skandal." Noch immer würden Frauen im Berufsleben benachteiligt, für sie sei der Einstieg in die Arbeitswelt schwieriger als für Männer. Die mit der Schließungsabsicht verfolgte Politik bedeute: "Frauen an den Herd." Ihre Partei werde alles dafür tun, die Regionalstelle "mit ihrer wertvollen und erfolgreichen Arbeit zu erhalten". Regionalstellenleiterin Regina Czajka und ihre Kolleginnen haben unterdessen eine "Alarm-Mappe" angelegt, in der sie wichtige Unterlagen für ihren Kampf gegen die drohende Schließung sammeln. Die berufliche Zukunft der sechs Verwaltungskräfte und sieben Beraterinnen, die in Bochum, Hattingen, Herne und Witten beschäftigt sind, sei in den meisten Fällen gesichert, "aber zwei dieser Kolleginnen haben nur befristete Verträge".
Quelle: WAZ

"Regionalstelle sichert Chancen der Frauen"

Bochum - "Die Regionalstelle muss erhalten bleiben, das Land darf sich nicht aus der Finanzierung stehlen", forderte der DGB-Regionsvorsitzende Michael Hermund - (Foto), "denn zur Herstellung einer wirklichen Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern bedarf es noch vieler Schritte."
Nach Informationen des DGB soll die Regionalstelle "Frau und Beruf Mittleres Ruhrgebiet" mit Sitz in Bochum zum Jahresende nicht mehr durch das Land NRW gefördert werden (wir berichteten.
Der DGB weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Frauen zwar mittlerweile ein durchschnittlich höheres schulisches Bildungsniveau aufwiesen als Männer. Werde jedoch die Verteilung der Frauen über die Berufe und die betriebliche Hierarchieebene betrachtet, dann, so Michael Hermund, sei schnell ersichtlich, dass sich das gestiegene Qualifikationsniveau dort noch längst nicht nieder schlage.

Viele gering beschäftigt
Dies zeige sich zudem auch in den Einkommensunterschieden: So liegen die Durchschnittseinkünfte der Frauen zwischen 25 und 30 Prozent unter denen der Männer. "Auch wenn sich die Erwerbsbeteiligung der Frauen in den letzten 20 Jahren deutlich erhöht hat, ist dies häufig auf die Zunahme der Teilzeiterwerbstätigkeit und geringfügiger Beschäftigungsverhältnissen zurückzuführen", sieht Hemund noch Defizite. "Gleichzeitig aber sinkt der Anteil der Frauen mit Normalarbeitsverhältnissen, die ein ausreichendes Einkommen und soziale Sicherung gewährleisten."

Verlässlicher Partner
Die Informations- und Beratungsangebote der Regionalstelle hätten die Situation der Frauen aufgegriffen und sind so zu einem wichtigen Unterstützungsfaktor im Bereich "Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Arbeitswelt" geworden.
Für den DGB ist es deshalb unverständlich, dass die Landesregierung die wichtige Arbeit der Regionalstellen unter den Aspekt "Abbau von Doppelstrukturen" nicht mehr weiterführen will.
"Für uns ist die Arbeit der Regionalstellen Frau und Beruf unersetzlich. Die Frauen in Bochum, Herne, Witten und Hattingen würden einen verlässlichen Bündnispartner in dem gemeinsamen Streben nach gleichen Chancen für Frauen im Beruf verlieren. Aus diesem Grunde fordern wir, dass die Arbeit der Regionalstellen auch über das Jahr 2007 weiter finanziert wird," erklärt Michael Hermund.
02. Juli 2006 - Ruhrnachrichten

Regionalstellen "Frau und Beruf" werden geschlossen - Astrid Platzmann: Die Arbeit ist noch nicht zu Ende !

27.06.2006: Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration in Düsseldorf hat die Schließung sämtlicher Regionalstellen "Frau und Beruf" zum 31.12.2006 beschlossen. Dazu erklärt Ratsmitglied Astrid Platzmann:

Kommt auch für die Bochumer Regionalstelle das Aus ?

"Auf nicht einmal drei Seiten hat das Laschet-Ministerium am Freitag das Aus für alle Regionalstellen 'Frau und Beruf' mitgeteilt - auch die in Bochum. Dieses Vorgehen ist ein Skandal! Nicht nur, dass der Minister seine eigenen Zusagen über den Haufen wirft, er versucht dies auch noch sang- und klanglos im Windschatten der beginnenden Ferien zu tun. Ursprünglich hatte Minister Laschet während der entsprechenden Ausschusssitzung im Landtag angekündigt, die Zahl der Regionalstellen reduzieren zu wollen, er werde nach den Ferien ein entsprechendes Konzept vorlegen. Schon das wäre ein Schritt in die falsche Richtung gewesen. Nun aber streicht er die gesamten Mittel mit dem lapidaren Hinweis, die vorhandene Infra- und Förderstruktur reiche aus, die Regionalstellen hätten also ihre Schuldigkeit getan und seien insofern überflüssig. Doch das Gegenteil ist der Fall - die Arbeit ist noch nicht zu Ende! Mit seiner Begründung stellt sich der zuständige Minister gegen die gesellschaftliche Wirklichkeit, denn noch immer werden Frauen im Berufsleben benachteiligt und ist für sie der Einstieg in das Berufsleben ungleich schwerer als für Männer. Diese Politik bedeutet im Klartext: Frauen an den Herd! Anscheinend soll die WM-Euphorie und die Urlaubsstimmung in NRW 'genutzt' werden, damit dieses Ministerium sein Scherflein zur sogenannten

Haushaltskonsolidierung - wiederum auf dem Rücken ohnehin Benachteiligter - beitragen kann. Das werden wir nicht durchgehen lassen und alles dafür tun, unsere Regionalstelle mit ihrer wertvollen und erfolgreichen Arbeit zu erhalten."
Quelle: www.gruene-bochum.de

DGB: Weiterförderung der Regionalstelle "Frau und Beruf" unersetzlich

"Die Regionalstelle muss erhalten bleiben, das Land darf sich nicht aus der Finanzierung stehlen", forderte der DGB Regionsvorsitzende Michael Hermund, "denn zur Herstellung einer wirklichen Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern bedarf es noch vieler Schritte!" Die Landesregierung hat die Schließung sämtlicher Regionalstellen "Frau und Beruf" zum 31.12.2006 beschlossen (siehe Meldung vom 27.6.). Der DGB weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Frauen zwar mittlerweile ein durchschnittlich höheres schulisches Bildungsniveau aufweisen als Männer. Wird jedoch die Verteilung der Frauen über die Berufe und die betriebliche Hierarchieebene betrachtet, dann ist ersichtlich, dass sich das gestiegene Qualifikationsniveau dort noch nicht nieder schlägt. Diese zeigt sich zudem auch in den Einkommensunterschieden. So liegen die Durchschnittseinkünfte der Frauen zwischen 25 und 30 Prozent unter denen der Männer. "Auch wenn sich die Erwerbsbeteiligung der Frauen in den letzten 20 Jahren deutlich erhöht hat, ist dies häufig auf die Zunahme der Teilzeiterwerbstätigkeit und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen zurückzuführen", so Hermund, "Gleichzeitig aber sinkt der Anteil der Frauen mit Normalarbeitsverhältnissen, die ein ausreichendes Einkommen und soziale Sicherung gewährleisten."
Quelle: www.bo-alternativ.de

Bonn:

Renate Hendricks, MdL:
Landesregierung verkündet das Ende der Regionalstellen "Frau und Beruf"

"Am letzten Tag vor den Ferien erhielt die Bonner Regionalstelle "Frau und Beruf" von der Landesregierung den Bescheid, dass die institutionelle Förderung durch die Landesregierung ab dem 01. Januar 2007 eingestellt wird", teilte die Bonner SPD-Landtagsabgeordnete Renate Hendricks mit. "Dabei hatte noch vor wenigen Wochen Minister Laschet im Frauenausschuss des Landtags verkündet, es werde auch im Jahre 2007 noch Regionalstallen "Frau und Beruf" geben - wenn auch in veränderter Zuständigkeit und reduzierter Zahl. Der jüngste Bescheid führt jedoch dazu, dass die Regionalstelle de facto aufgelöst werden muss", kritisiert Hendricks.
"Inzwischen wird man als Parlamentarier von der Landesregierung an der Nase herum geführt", moniert die SPD-Abgeordnete scharf. "Während den Abgeordneten in den Ausschüssen eine vermeintlich heile Welt vorgegaukelt wird, praktiziert die Landesregierung am Parlament vorbei jedoch eine Sozialpolitik mit der Abrissbirne", urteilt Hendricks. Für die Betroffenen müsse es wie blanker Hohn klingen, wenn der CDU-Fraktionschef Helmut Stahl stets beteuert, die Landesregierung führe NRW zurück an die Spitze. "Wie will man eine wirtschaftliche Spitzenposition erreichen, wenn reihenweise wichtige Fördermaßnahmen eingestellt werden? ", fragt sich Hendricks.

Familienpolitisch wird hier ebenfalls ein Kahlschlag praktiziert. Frauen, die nach einer längeren Familienpause den Wiedereinstieg in den Beruf wollen, wird zukünftig die gute und fachgerechte Unterstützung durch die Regionalstellen fehlen. Wer hier noch davon spricht, die richtigen familienpolitischen Maßnahmen auf den Weg gebracht zu haben, dem fehlt der Blick für die Wirklichkeit.

Ob die Stadt Bonn angesichts der eigenen Haushaltslage die Aufgabe der Regionalstellen zukünftig aus kommunalen Mitteln bezahlen kann, scheint eher unwahrscheinlich. Zumal die Landesregierung die Stadt auch in anderen Bereichen mehr und mehr belastet.

"Augenscheinlich sind Reformen für die Landesregierung nichts anderes als eine Kahlschlag-Politik und eine Demontage von Strukturen. Das Land soll umgebaut werden und zukünftig eine neue Handschrift tragen. Den Bürgern und Bürgerinnen ist damit nicht gedient. Wer so handelt, steigert nicht die Zukunftschancen Nordrhein-Westfalens, er riskiert den sozialen Frieden und gefährdet obendrein die wirtschaftliche Basis in unserm Land", so Hendricks abschließend.
Quelle: www.spd-bonn.de

Duisburg:

Regionalstelle Frau & Beruf steht vor Aus

Bürgermeisterin gibt sich kämpferisch: Ein Skandal

Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration in Düsseldorf hat die Schließung sämtlicher Regionalstellen "Frau und Beruf" zum 31. Dezember 2006 beschlossen. Betroffen ist auch die Duisburger Einrichtung. Dazu erklärte am Montag Bürgermeisterin Doris Janicki (Grüne): "Auf nicht einmal drei Seiten hat das Laschet-Ministerium heute das Aus aller Regionalstellen 'Frau und Beruf' mitgeteilt - auch der in Duisburg. Dieses Vorgehen ist ein Skandal!" Ursprünglich hatte Laschet im Landtag angekündigt, die Zahl der Regionalstellen reduzieren zu wollen. Er werde nach den Ferien ein entsprechendes Konzept vorlegen. "Schon das wäre ein Schritt in die falsche Richtung gewesen", erklärte Doris Janicke. Nun aber streiche er die gesamten Mittel mit dem lapidaren Hinweis, die vorhandene Infra- und Förderstruktur reiche aus, die Regionalstellen hätten also ihre Schuldigkeit getan und seien insofern überflüssig. Bürgermeisterin Janicki: "Das Gegenteil ist der Fall - die Arbeit ist noch nicht zu Ende!" Noch immer würden Frauen im Berufsleben benachteiligt. "Das werden wir nicht durchgehen lassen und alles dafür tun, unsere Regionalstelle mit ihrer wertvollen und erfolgreichen Arbeit zu erhalten." Die Stelle wurde 1989 als Beratungsstelle "Frau und Beruf" in Duisburg installiert. Gleichstellungsbeauftragte Doris Freer war es, die als damalige erste Frauenbeauftragte in NRW dafür gesorgt hat, dass neben Dortmund auch Duisburg eine solche Anlaufstelle für Frauen erhielt. Auf das angekündigte Aus reagierte sie so: "Ich verstehe es nicht. Das reißt eine große Lücke in die Fraueninfrastruktur." –rits
Quelle: WAZ

DGB-Chef reagiert entsetzt aufs Aus

Die Tage der Regionalstelle "Frau und Beruf" sind gezählt. Kein Verständnis für Laschet-Entscheidung

"Entsetzt" reagierte der SPD-Landtagsabgeordnete und DGB-Vorsitzende, Rainer Bischoff, auf das von Minister Laschet angeordnete Aus für die Regionalstellen "Frau und Beruf". Ähnlich äußerte sich die Leiterin der hiesigen Einrichtung, Irene Schiefen. "Das überrascht schon." Schweres Geschütz fährt der Duisburger Abgeordnete gegen die schwarz-gelbe Landesregierung auf. Es gebe absolut keinen Grund, diese Einrichtungen dicht zu machen. Laschet sei es nur darum gegangen, ein rot-grünes Projekt zu beerdigen. Dabei würden die Regionalstellen, so Bischoff, produktiv und konstruktiv arbeiten. Und gerade in einer Montanstadt wie Duisburg sei eine Regionalstelle "Frau und Beruf" von immenser Bedeutung. Nicht nur der Zeitpunkt der Entscheidung habe ihn überrascht, sondern auch das flächendeckende Aus für die Regionalstellen. "Wir waren davon ausgegangen, dass zumindest eine Einrichtung erhalten bleibt", ergänzt Irene Schiefen. 1989 startete die Regionalstelle in Duisburg mit sieben anderen Städten im

Rahmen der Strukturhilfeprogramme für Stahlstandorte. Die Programme werden zu je 40 % von EU und Land und zu 20 % von der Kommune gefördert. Mittelkürzungen der EU hätten auf keinen Fall den Ausschlag gegeben, die Regionalstellen zu schließen. Für 2007 sind zehn Projekte mit einem Fördervolumen von 1,1 Mio Euro beantragt. -rits

Coesfeld:

Ein trauriger Höhepunkt

Von Detlef Scherle
KreisCoesfeld. Ab 2007 werden die **Regionalstellen** Frau und Beruf in NRW nicht mehr vom Land gefördert. Das bedeutet angesichts der knappen Kreis-Kassen und weil der Kreistag einen Grundsatzbeschluss gefasst hat, dass ausfallende Landesmittel nicht ersetzt werden sollen, auch das Aus für die bei der hiesigen Kreisverwaltung angesiedelte Einrichtung. Bestürzt über die Entscheidung des Landes haben sich die Gleichstellungsbeauftragten der Städte und Gemeinden im Kreis gezeigt, die in der Vergangenheit viele Aktionen mit der Regionalstelle durchführten und von ihrer Arbeit profitierten. Das Ende der Regionalstelle kommt für uns völlig überraschend, äußerte sich Jutta Grünkemeier-Strietholt (Sprecherin des Arbeitskreises der Gleichstellungsbeauftragten) gegenüber unserer Zeitung. Der Beschluss sei angesichts der guten Arbeit der **Regionalstellen** völlig unverständlich.
Die Gleichstellungsbeauftragten befürchten, dass nun viele Beratungsangebote vor Ort und wichtige Netzwerkarbeit wegbrechen werden. Allein in den vergangenen zwei Monaten konnten über 80 Frauen zu Fragen des Wiedereinstiegs und der Existenzgründung beraten werden, nannte Grünkemeier-Strietholt eine Zahl. Beispiele für die erfolgreiche Netzwerkarbeit im Kreis seien das Frauenhandbuch, der Mädchenmerker und die Koordinierung des Girls Day. Die Schließung der Regionalstelle stellt für die Gleichstellungsbeauftragten einen traurigen Höhepunkt in der Reihe vorangegangener Kürzungen und Streichungen in der Frauenförderung dar. Den Zusammenbruch des Netzwerkes können wir als Gleichstellungsbeauftragte in den Städten und Gemeinden nicht auffangen, bedauerte sie.
Grünkemeier-Strietholt ärgert sich über die Kehrtwende von Frauen-Minister Armin Laschet (CDU), der auf der Homepage seines Ministeriums selbst davon spricht, dass die **Regionalstellen** längst ein anerkannter Bestandteil der kommunalen und regionalen Beratungsstruktur seien. Jetzt schaffe er es in einem Jahr, dass Frauenförderung schon bald kein Thema mehr ist.
Protest gegen die Schließung der Regionalstelle kommt auch von der SPD. Kann man so mit Frauen umgehen? fragte Waltraud Bednarz, frauenpolitische Sprecherin der Kreistagsfraktion. Die Regionalstelle biete gebündelte Hilfe, von wirtschaftlichen Fragen bis hin zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf das alles soll nun wegfallen. Dabei hatte NRW-Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) die **Regionalstellen** noch Mitte Mai zur Erarbeitung neuer Konzepte eingeladen. Bednarz: Auch der CDU-Landtagsabgeordnete Jostmeier hat der Regionalstelle noch vor sechs Wochen Hilfe vom Ministerium versprochen. Dass nun ohne jede Vorankündigung das Aus kommt, ist für Bednarz ein Skandal. Es zeige, welchen Stellenwert die Menschen bei den Düsseldorfer Entscheidungsträgern genießen.
Samstag, 01. Juli 2006 | Quelle: Kreisredaktion AZ, DZ, WN (Kreis Coesfeld)

Dortmund:

Regionalstelle auf jeden Fall erhalten

Landesregierung streicht die Frauenförderung

Die Landesregierung hat die Schließung aller Regionalstellen "Frau und Wirtschaft" zum 31. Dezember beschlossen. Damit wollen sich weder die Wirtschaftsförderung noch die Politiker abfinden. Erst im Mai wurde im Ausschuss für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung ein Antrag auf Weiterförderung beim

Land bis Ende 2008 gestellt und beschlossen. Die Stadt trägt 20 Prozent der Gesamtkosten, rund 64 000 Euro im Jahr. Die Regionalstelle besteht seit 1990 und hat die Aufgabe, die Chancen von Frauen in der Wirtschaft zu verbessern, den Unternehmen das wirtschaftliche Potential der weiblichen Beschäftigten zu verdeutlichen, die Frauenerwerbstätigkeit zu fördern und bei Existenzgründungen zu unterstützen. Sie organisiert eine Messe Dortmunder Unternehmerinnen, initiiert und begleitet zukunftsorientierte Qualifizierungsangebote und hat eine Initiative zur Personalentwicklung in der Wirtschaft gestartet. Für Martin Tönnes, wirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen, ist das Vorgehen der Landesregierung ein "Skandal". Sie werfe ihre eigenen Zusagen sang- und klanglos über den Haufen. Aktuelle Trends verdeutlichten, dass mehr Förderung nötig wäre, nicht weniger. Auch Pascal Ledune, Sprecher der Wirtschaftsförderung, sagt: "Wir sehen nicht, dass es in Dortmund doppelte Förderstrukturen gibt. Wir wollen die Regionalstelle, von deren Arbeit wir nur profitieren, behalten." Bam
Quelle: WAZ

Essen:

Ausgesponnen: Landesmittel entfallen

Die Spinnen/ Regionalstelle Frau und Beruf muss 2007 schließen - Verbitterung

Von Liliane Zuuring
"Stellenausschreibungen" klebt ein Hinweis an der Tür von "Die Spinnen e.V./ Regionalstelle Frau und Beruf". Gedacht sind sie für Rat suchende Frauen. Doch bald müssen sich die drei Mitarbeiterinnen hier selbst informieren: Denn 2007 gibt's keine Landesmittel mehr. "Völlig unerwartet", so Emmi Markgraf kam das Fax des Frauenministeriums. In der Betreffzeile steht: "Förderung der Regionalstellen ‚Frau und Beruf'". Im Fax aber heißt es: "Trotz der unbestritten erzielten Erfolge der Regionalstellen erscheint es nicht mehr gerechtfertigt, das Netz über 2006 hinaus weiter aufrechtzuerhalten. Dies gilt umso mehr, als die Landesregierung sich zum Ziel gesetzt hat, Doppelstrukturen abzubauen. (...) Die Förderung (...) 2007 entfällt." Komplett. Macht 127 000 Euro jährlich.
"Warum sind wir eine Doppelstruktur? Uns gibt es seit 20 Jahren, jetzt werden neue Maßnahmen getroffen, die uns angeblich überflüssig machen", sagt Lydia Klettke fassungslos. Sieben Mitarbeiterinnen hatte die Regionalstelle zu ihren besten Zeiten in den 90er Jahren - um zu helfen bei Berufswahlorientierung, beruflichem Wiedereinstieg, Existenzgründung. 500 Beratungsgespräche, viele Seminare, Messen organisierte das verbliebene Trio 2005 noch. 60 000 Euro steuert die Kommune bei - für die Beratung von Arbeitslosengeld II-Bezieherinnen. Die Summe ist auch für 2007 zugesichert. "Aber das reicht nicht." Am Dienstagabend saßen Regionalstellen-Vertreterinnen zusammen, gaben sich zwei Monate, um andere Finanziers zu werben. "Finden wir keine, müssen wir dann alles abwickeln", bedauern die Mitarbeiterinnen. Sie sind über 40, über 50 Jahre alt. "Einen Job finden wir nicht mehr." Das Programm für das zweite Halbjahr 2006 ist schon gekippt. Protestaktionen sind geplant: Denn kampflos nehmen die Frauen nicht hin, dass es sich ausgesponnen hat. " Info: 31 10 71, Mail: frauundberuf@diespinnen.de
Quelle: WAZ

Die "Spinnen" machen dicht

Die Regionalstelle "Frau und Beruf", die "Spinnen", müssen zum Ende des Jahres schließen. "Das zuständige Landesministerium hat auf drei Seiten mitgeteilt, dass die Förderung aller Regionalstellen wegfallen wird", erklärt Grünen-Sprecherin Hiltrud Schmutzler-Jäger: "Wir sehen diese Mitteilung mit Bestürzung, das Vorgehen ist ein Skandal." Immerhin seien die "Spinnen" ein sehr gut funktionierendes Netzwerk nicht nur die Frauen, die in den Beruf zurückkehren wollten. Mit seinem Entscheid stelle sich der

Minister gegen die gesellschaftliche Wirklichkeit, denn immer noch würden Frauen im Beruf benachteiligt, so die Poltikerin und kündigt Protest ihrer Partei an.
Quelle: WAZ

Gladbeck:

"Land spart - der Kreis zahlt drauf"
Brigitte Puschadel bezieht Stellung

"Frauenpolitik kommt bei der CDU/FDP-Landesregierung aufs Abstellgleis", so kommentiert die Geschäftsführerin der SPD-Kreistagsfraktion und stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Brigitte Puschadel die Nachricht, dass die nordrhein-westfälische Landesregierung die Regionalstellen Frau und Beruf zum Jahresende auflösen will. Die von dem Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration angeführte Begründung, die Gleichstellung von Frauen sei inzwischen gesetzlich abgesichert, sei an Ignoranz nicht mehr zu überbieten. Insbesondere allein erziehende Frauen seien auf Unterstützung und Förderung mehr denn je angewiesen. Brigitte Puschadel: "Das ist nicht nur die Beerdigung der Frauenpolitik. Das ist verfehlte Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik. Denn ohne Förderung, wie sie die Regionalstellen bisher leisten, haben viele Frauen keine berufliche Perspektive. Sie werden dauerhaft auf Sozialleistungen angewiesen sein. Statt in berufliche Förderung zu investieren, werden von der Landesregierung steigende Soziallasten produziert. Das wird auch im Kreis Recklinghausen zu einem Anstieg bei den Sozialkosten führen. Die Rechnung ist ganz einfach: Das Land spart. Der Kreis und damit die Städte zahlen drauf."
Quelle: WAZ

Land streicht Mittel Frau und Wirtschaft

-kw- Gronau/Kreis Borken. 16 Jahre hat die **Regionalstelle** Frau und Wirtschaft sich um die Gleichstellung von Frauen im Beruf gekümmert, hat sich vor diesem Hintergrund in Fragen von Wirtschafts-, Beschäftigungs-und Arbeitsmarktpolitik eingeschaltet. Jetzt steht, wie Rita Krümpelmann stellvertretend für ihre Kolleginnen Ulrike Lückerath und Gisela Meyer sagt, die Arbeitslosigkeit vor unserer Tür: Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration in Düsseldorf hat der Berufsbildungsstätten Westmünsterland (BBS) als Träger der Einrichtung mitgeteilt, dass die Landesförderung zum Jahresende ausläuft. In Gronau sind davon 1,8 Stellen betroffen. Das Land hat bisher 70 Prozent der Kosten für die **Regionalstelle**, die ihren Sitz im Wirtschaftszentrum hat, getragen, rund 25 Prozent steuerte der Kreis bei, den Rest die Kommune. Es gebe inzwischen hinreichend andere Infra- und Förderstrukturen, begründet Minister Laschet die Entscheidung, verweist auf den Abbau von Doppelförderungen und die Finanzlage des Landes. Rita Krümpelmann dagegen betont den geschlechtsspezifischen Ansatz, mit dem die **Regionalstelle** ihre Arbeit anders als andere - getan habe. Für den Kreis Borken wies Pressesprecher Karlheinz Gördes darauf hin, dass das Aus aus Düsseldorf nicht überraschend komme. Schon bei der Einbringung des Kreisetats Anfang 2006 sei auf diese drohende Entwicklung aufmerksam gemacht worden. Der Kreis will jetzt ein Konzept erarbeiten, wie (von Kreis, BBS und Wirtschaftsförderungsgesellschaft) die Aufgaben der **Regionalstelle** wahrgenommen werden können, wenn es deren Struktur nicht mehr gibt. Ergebnisse sollen der Politik nach der Sommerpause vorgestellt werden.
Dienstag, 27. Juni 2006 | Quelle: Westfälische Nachrichten (Gronau)

Hattingen:

Regionalstelle droht das Aus

"Frau und Beruf" soll zum Jahresende schließen. Ersatz soll es durch eine Hotline geben

Hervorragende Arbeit ist der Hattinger Regionalstelle Frau und Beruf vor zwei Jahren bescheinigt worden. Jetzt soll Renate Wardeischke von einer Hotline ersetzt werden. Die Nachricht hat sie und Frauenbeauftragte Ingrid Wawrzyniak kalt erwischt mitten im heißesten Sommerloch. Rasiert wird derzeit an vielen Stellen, weil Mittel fehlen. Hier aber "geht es nicht ums Geld. Es ist massenhaft europäisches Geld da", so das Hattinger Frauenbüro. Dennoch soll der Regionalstelle zum Jahresende der Stuhl vor die Tür gesetzt werden. Dabei hatte sich die Stadt kürzlich beim Treffen kommunaler Frauenbeauftragter noch in einer besseren Position gewähnt, weil die Regionalstelle nicht vom Land finanziert wird, sondern über EU-Töpfe. Und Rudolf Henke, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, hatte angekündigt, Struktur und Profil kritisch zu überprüfen und nach einer Analyse weiterzuentwickeln.
Geplantes Ende der Hattinger Entwicklung, die vor 17 Jahren begann: das Aus. Acht Projekte waren am Start, darunter zwei in Hattingen. Aus der Beratungsstelle Frau und Beruf wurde die Regionalstelle. Das Sondermodell sei einzigartig, weil vier Städte seit Jahren zusammenarbeiten. Doch ihr werde attestiert, dass sie "überflüssig" sei, so Renate Wardeischke. Besorgte Anrufer hatten auch schon gefragt, ob denn jetzt das Frauenbüro geschlossen wird. Wird es nicht. Und auch Frau Wardeischke ist seit Jahren fest bei der Stadt angestellt. Ihre Bürokraft allerdings hat nur einen Zeitvertrag. Weshalb geschlossen werden soll, obwohl Geld da sei? Die Gründe kennt Renate Wardeischke nicht. "Vielleicht sollen die Frauen zurück an den Kochtopf?" Ihr Eindruck: Die Politik will die Regionalstellen nicht und kennt deren inhaltliche Arbeit auch gar nicht. 968 Beratungen gab es im Vorjahr in Hattingen. Die Stadt hat nicht nur EU-Mittel für 2007 beantragt, sondern auch für den Übergang. Armin Laschet bekommt die Rote Karte. Für die Frauenbeauftragte steht fest: "Er kann sich Familienminister nennen, Frauenminister ist er nicht." uli

Herten:

"Frau und Beruf" wird geschlossen
Wer Frauen künftig betreut, ist unklar

Die Förderung von 46 Regionalstellen "Frau und Beruf" des Landes NRW wird ab 2007 eingestellt. Das teilte Familienminister Armin Laschet (CDU) auch Delia Temmler-Häring, der Leiterin der Hertener Kommunalstelle per Fax mit. "Bis dahin hatten wir die Hoffnung, dass Herten als eine von möglichen 16 Regionalstellen erhalten werden könnte", sagt Temmler-Häring. 180 000 Euro jährlich hatte die Kommunalstelle zur Verfügung. "Unsere gesamte Aufgabenpalette kann keiner übernehmen", so Temmler-Haering. Dazu gehörten etwa die Beratung von Existenzgründerinnen, Berufsanfängerinnen oder Wiedereinsteigerinnen. Überlegungen, dies auf andere Stellen zu übertragen, seien unrealistisch. Für Temmler-Häring ist klar, dass die klamme Stadt Herten, die Kosten nicht übernehmen kann. Als "Skandal" bezeichnete Marita Stuckel-Lotz (Bündnis 90/Die Grünen) das Aus. "Es kann nicht sein, dass Mittel ausgerechnet bei Frau und Beruf gekürzt werden", sagte sie. Stuckel-Lotz startete eine Unterschriften-Aktion. Nun müsse man Politiker an einen Tisch bringen und im Kreis etwas tun. "Notfalls gehen wir auf die Straße", so Stuckel-Lotz. Oa
Quelle: WAZ

Frauen fehlt eine "wichtige Stütze"

Widerstand gegen die Schließung der Kommunalstelle "Frau und Beruf" (wir berichteten) regt sich bei Politikerinnen. Kreistags-Grüne Elke Marita Stuckel-Lotz sieht NRW-Minister Armin Laschet an der "gesellschaftlichen Wirklichkeit vorbei" handeln.
UBP-Frau (Unabhängige Bürger Partei) Doris Hübner unterstützt die "Grüne" ausdrücklich und sagt in ihrer Stellungnahme: "Wir fordern die CDU in Herten auf, mit ihren Parteifreunden in Düsseldorf Kontakt aufzunehmen und die Streichung der jährlichen Mittel zurück zu nehmen."
Beide Politikerinnen machen klar, dass sie die Arbeit der Kommunalstelle Frau und Beruf in Herten sowie der anderen **Regionalstellen** für äußerst wichtig halten. "Die Streichung der jährlichen Zuwendung von 180000 Euro zeigt das veraltete Frauenbild der CDU im Land. Frauen wird mit der zukünftig fehlenden Beratung in Sachen Existenzgründung und dem Wiedereinstieg in den Beruf eine wichtige Stütze genommen."
Elke Marita Stuckel-Lotz formuliert schärfer: "Diese Politik bedeutet im Klartext - Frauen an den Herd! Für sie ist der Einstieg in das Berufsleben ungleich schwerer als für Männer."
Vor rund 15 Jahren waren es Grüne und SPD, die sich für die Einrichtung der Kommunalstellen gestimmt haben. Stuckel-Lotz will Dampf machen: "Das werden wir nicht durchgehen lassen und alles dafür tun, unsere **Regionalstellen** mit ihrer wertvollen Arbeit zu erhalten."
Die Arbeitsleistung kann die Leiterin der Hertener Kommunalstelle Frau und Beruf auch in Zahlen fest machen. 2005 wurden 550 Mädchen und Frauen beraten, 250 davon waren jünger als 18 Jahre, zehn zwischen 50 und 60. 240 Frauen wurden in Qualifizierungsmaßnahmen empfohlen, 1325 Frauen erreichte die Kommunalstelle über Fach- und Informationsveranstaltungen. Die Hälfte der Frauen, die sich an die Kommunalstelle wandten, waren Berufsrückkehrerinnen, zehn Prozent Existenzgründerinnen. da-ho
Samstag, 01. Juli 2006 | Quelle: Hertener Allgemeine (Herten)

Münster:

"Auf nicht einmal drei Seiten hat das Laschet-Ministerium heute das Aus aller Regionalstellen 'Frau und Beruf' mitgeteilt - auch der in Münster. Dieses Vorgehen ist ein Skandal! Nicht nur, dass er seine eigenen Zusagen über den Haufen wirft, er versucht dies auch noch sang- und klanglos im Windschatten der beginnenden Ferien zu tun", kritisiert GAL-Ratsfrau Claudia Scholz die jüngste Ankündigung aus Düsseldorf.
Zum Hintergrund: Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration in Düsseldorf hat die Schließung sämtlicher Regionalstellen "Frau und Beruf" zum 31.12.2006 beschlossen. Ursprünglich hatte Minister Laschet während der einer Ausschusssitzung im Landtag angekündigt, die Zahl der Regionalstellen reduzieren zu wollen, er werde nach den Ferien ein entsprechendes Konzept vorlegen.

Schon das wäre ein Schritt in die falsche Richtung gewesen, so Scholz. Nun aber streiche er die gesamten Mittel mit dem lapidaren Hinweis, die vorhandene Infra- und Förderstruktur reiche aus, die Regionalstellen hätten also ihre Schuldigkeit getan und seien insofern überflüssig. Doch das Gegenteil ist der Fall - die Arbeit ist noch nicht zu Ende! Scholz: "Mit seiner Begründung stellt sich der zuständige Minister gegen die gesellschaftliche Wirklichkeit, denn noch immer werden Frauen im Berufsleben benachteiligt und ist für sie der Einstieg in das Berufsleben ungleich schwerer als für Männer. Diese Politik bedeutet im Klartext: Frauen an den Herd! Das werden wir nicht durchgehen lassen und alles dafür tun, unsere Regionalstelle mit ihrer wertvollen und erfolgreichen Arbeit zu erhalten."
Quelle: www.gruene-muenster.de

„Die Arbeit ist noch nicht zu Ende!“

REGIONALES (MZ/MLZ) „20 Jahre Erfahrung und eine Struktur, die Projekte und ein landesweit vorbildliches Frauennetzwerk aufgebaut hat, wären unwiederbringlich verloren.“ Die Reaktionen beim Trägerverein „FrauenForum“ der Münsteraner Regionalstelle „Frau & Beruf“ sind deutlich. Gerade haben die Mitarbeiterinnen ein Fax aus Düsseldorf erhalten. Darin teilt das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration mit, dass es zum 31. Dezember seine Zuschüsse streicht. Als eine von 46 Regionalstellen ist auch Münster betroffen.
Uta Armbrust gehört zu den vier Mitarbeiterinnen bei „Frau & Beruf“. Sie sagt: „Das trifft uns natürlich hart, zumal wir in den vergangenen Jahren bereits 50 Prozent Kürzungen der Landesmittel kompensieren mussten.“ Härter aber trifft sie und ihre Kolleginnen die Feststellung des Ministeriums, „das Instrumentarium der vom Frauenministerium finanzierten Regionalstellen“ habe sich „überholt“. – „Wir sind ein niederschwelliges Orientierungs-Angebot, das die besonderen Bedürfnisse von Wiedereinsteigerinnen, Gründerinnen oder Orientierung-Suchenden im Blick hat“, erklärt Armbrust. Sie gibt sich ebenso kämpferisch wie der Vorstand des „FrauenForums“ in Münster: „Wir sehen noch kein endgültiges Aus!“. Deshalb werde es auch Gespräche mit der Stadt, geben, die rund 30 Prozent des Regionalstellen-Etats trägt. GAL-Ratsfrau Claudia Scholz reagierte sofort nach Bekanntwerden des Beschlusses. Diese Politik, so findet sie, „bedeutet im Klartext: Frauen an den Herd!“ Scholz will sich dafür einsetzen, die „wertvolle und erfolgreiche Arbeit der Regionalstelle zu erhalten“.

Auch die Tage der Ahauser Regionalstelle „Frau und Wirtschaft“ scheinen gezählt. Das Land habe mitgeteilt, „dass ab 2007 die Förderung für alle Regionalstellen entfällt“, berichtet Bernhard Könning, Leiter der Berufsbildungsstätte Westmünsterland in Ahaus. Dort ist die BBS Trägerin der 1990 gegründeten Einrichtung, die sich für die berufliche Chancengleichheit von Frauen im Kreis Borken einsetzt. Für Könning kommt das Aus nicht überraschend; damit spielt er auf die Sparmaßnahmen des Landes an. Dies ändere aber nichts an der Tragweite des Beschlusses: „Ein weiterer Aderlass für die Region“, sagt Könning. Gertrud Welper, Sprecherin der Grünen im Kreis Borken, hält das Vorgehen des Ministeriums für einen „Skandal“. NRW-Familienminister Armin Laschet werfe damit „seine eigenen Zusagen über den Haufen“. Ursprünglich habe er ein Kürzungskonzept vorlegen wollen, nun streiche er sämtliche Mittel „mit dem lapidaren Hinweis, die vorhandene Infra- und Förderstruktur reiche aus“. Dabei sei das Gegenteil der Fall: „Die Arbeit ist noch nicht zu Ende!“
Quelle: www.bbv-net.de

Paderborn:

Regionalstellen "Frau und Beruf" werden geschlossen

Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration in Düsseldorf hat die Schließung sämtlicher Regionalstellen "Frau und Beruf" zum 31.12.2006 beschlossen. Dazu erklärt die Paderborner Abgeordnete Sigrid Beer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): "Auf nicht einmal drei Seiten hat das Laschet-Ministerium am vergangenen Freitag das Aus aller Regionalstellen 'Frau und Beruf' mitgeteilt - auch der in Paderborn. Dieses Vorgehen ist ein Skandal! Nicht nur, dass er seine eigenen Zusagen über den Haufen wirft, er versucht dies auch noch sang- und klanglos im Windschatten der beginnenden Ferien zu tun.

Ursprünglich hatte Minister Laschet während der entsprechenden Ausschusssitzung im Landtag angekündigt, die Zahl der Regionalstellen reduzieren zu wollen, er werde nach den Ferien ein entsprechendes Konzept vorlegen. Schon das wäre ein Schritt in die falsche Richtung gewesen. Nun aber streicht er die gesamten Mittel mit dem lapidaren Hinweis, die vorhandene Infra- und Förderstruktur reiche aus, die Regionalstellen hätten also ihre Schuldigkeit getan und seien insofern überflüssig. Doch das Gegenteil ist der Fall - die Arbeit ist noch nicht zu Ende!

Mit seiner Begründung stellt sich der zuständige Minister gegen die gesellschaftliche Wirklichkeit, denn noch immer werden Frauen im Berufsleben benachteiligt und ist für sie der Einstieg in das Berufsleben ungleich schwerer als für Männer. Diese Politik bedeutet im Klartext: Frauen an den Herd!

Anscheinend sollte die WM-Euphorie und die Urlaubsstimmung am letzten Schultag in NRW 'genutzt' werden, damit dieses Ministerium sein Scherflein zur so genannten Haushaltskonsolidierung - wiederum auf dem Rücken ohnehin Benachteiligter - beitragen kann.
Das wird die GRÜNE Landtagsfraktion nicht durchgehen lassen und alles dafür tun, unsere Regionalstelle mit ihrer wertvollen und erfolgreichen Arbeit zu erhalten.“
Quelle: www.padergruen.de

Recklinghausen:

FATZ-Stelle steht zum Jahresende vor dem Aus

Land streicht Förderung aller Regionalstellen

Das Land streicht die Förderung für alle 46 Regionalstellen "Frau und Beruf" zum Jahresende (WAZ berichtete). Diese Nachricht hat die Mitarbeiterinnen der Recklinghäuser FATZ kalt erwischt. Leiterin Gabriele Thiesbrummel: "Bislang hieß es immer, dass einige Regionalstellen - zehn bis 16 - erhalten und deren Aufgaben neu zugeschnitten werden sollten." Seit 17 Jahren vertritt das FATZ-Team (zweieinhalb Beratungskräfte und eine Verwaltungsangestellte) die Interessen der Frauen im Beruf. Thiesbrummel: "Wir leisten Lobbyarbeit in allen örtlichen Gremien." Zudem helfen sie Müttern, die zurück in den Job wollen, unterstützen Existenzgründerinnen sowie Frauen, die sich qualifizieren oder an ihrer Karriere feilen. Auch Mädchen nutzen die Angebote der Regionalstelle an der Herner Straße, etwa in Sprach- und Computerkursen. Rund 250 persönliche Beratungen werden hier pro Jahr durchgeführt, ebensoviele Frauen nutzen zusätzliche Informationsangebote. An den Kursen nehmen etwa 500 Frauen/Mädchen teil. Dabei ist das Land nicht der Hauptgeldgeber; der größte Anteil kommt von der EU mit 50 Prozent, weitere 20 Prozent gibt die Stadt (50 000 Euro).
Holger Freitag, Vorsitzender des Ausschusses für Weiterbildung/Kultur: "Diese Politik bedeutet im Klartext: Frauen zurück an den Herd! Das werden wir nicht durchgehen lassen und alles tun, die Regionalstelle zu erhalten." Dass das FATZ-Angebot weiter gebraucht werde, sieht Gabriele Thiesbrummel durch ihre tägliche Arbeit bestätigt: "Wir haben noch längst keine Chancengleichheit im Berufsleben." S. V.
Quelle: WAZ

FATZ-Stellen: Rote Karte für Minister

Frau und Beruf: Protest gegen Schließung Die 46 Regionalstellen Frau und Beruf, deren Förderung das Land zum nächsten Jahr einstellt, haben eine gemeinsame Erklärung verfasst: "Rote Karte für Minister Laschet". Wie berichtet, steht damit auch die hiesige FATZ-Stelle an der Herner Straße vor dem Aus. Deren Leiterin Gabriele Thiesbrummel fordert jetzt im Namen der Landeskoordination der Regionalstellen "alle engagierten Frauen und Männer in Politik und Gesellschaft" auf, nicht zuzulassen, dass im Fußballfieber still und leise die Frauenförderung zu Grabe getragen werde. "Verteidigen Sie mit uns den Erhalt der beruflichen Frauenförderung." Ohne Regionalstellen, so betonen die Beraterteams, gebe es keine kontinuierliche berufliche Frauenförderung, die dafür sorgt, dass Frauen im Strukturwandel den Anschluss nicht verlieren. Das vom Land vorgeschlagene Call-Center für Berufsrückkehrerinnen sei kein Ersatz für Jobsuchende oder Existenzgründerinnen. Zudem gebe es in den Jobcentern (für Arbeitslosengeld II-Bezieher) keine Beauftragte für Chancengleichheit. Hinzu komme, dass für 2007 bis

2013 ausreichend EU-Mittel zur Verfügung stehen, aus denen das Land die Regionalstellen in ganz NRW finanzieren könnte.
Quelle: WAZ

Schließungen sind ein Skandal

Grünen-Sprecherin kritisiert Streichung der Gelder für die Regionalstellen "Frau und Beruf" und vermutet dahinter eine konservative Grundhaltung, die Frauen am Herd sehen will Kreis. Nach der SPD-Fraktion im Kreistag haben sich auch die Grünen gegen die angekündigte Schließung der Regionalstellen "Frau und Beruf" ausgesprochen. Die stellvertretende Landrätin Elke Marita Stuckel-Lotz spricht in diesem Zusammenhang von einem Skandal. "Auf nicht einmal drei Seiten hat das Laschet- Ministerium das Aus aller Regionalstellen "Frau und Beruf" mitgeteilt. Dieses Vorgehen ist ein Skandal! Nicht nur, dass er seine eigenen Zusagen über den Haufen wirft, er versucht dies auch noch sang- und klanglos im Windschatten der beginnenden Ferien zu tun", sagt Stuckel-Lotz.
Ursprünglich habe Laschet (CDU) - er ist Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration - angekündigt, die Zahl der Regionalstellen reduzieren zu wollen. Dazu habe er auch für die Zeit nach den Sommerferien die Vorlage eines Konzeptes angekündigt, erinnerte die Grünen-Politikerin. "Schon das wäre ein Schritt in die falsche Richtung gewesen, sagt Stuckel-Lotz. "Nun aber streicht er die gesamten Mittel mit dem lapidaren Hinweis, die vorhandene Infra- und Förderstruktur reiche aus, die Regionalstellen hätten also ihre Schuldigkeit getan und seien überflüssig. Doch das Gegenteil ist der Fall: Mit seiner Begründung stellt sich der Minister gegen die gesellschaftliche Wirklichkeit, denn noch immer werden Frauen im Berufsleben benachteiligt und ist für sie der Einstieg ins Berufsleben ungleich schwerer als für Männer. Diese Politik bedeutet im Klartext: Frauen an den Herd!" "Das werden die Grünen nicht durchgehen lassen und alles dafür tun, unsere Regionalstellen mit ihrer wertvollen und erfolgreichen Arbeit zu erhalten", kündigte Stuckel-Lotz an.
Quelle: WAZ

AUS DEN STÄDTEN

Frauenpolitik kommt aufs Abstellgleis

SPD befürchtet Anstieg der Sozialkosten Recklinghausen. Das Aus für die Regionalstellen "Frau und Beruf" wird zu einem Anstieg der Sozialkosten führen. Das Land spare, der Kreis und damit die Städte zahlten drauf. Das betont Brigitte Puschadel, Fraktionsgeschäftsführerin der SPD im Kreistag. "Frauenpolitik kommt bei der CDU/FDP-Landesregierung aufs Abstellgleis", kommentiert die stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende die Nachricht, dass die nordrhein-westfälische Landesregierung die Regionalstellen Frau und Beruf zum Jahresende auflösen will. Dabei seien insbesondere allein erziehende Frauen seien auf Unterstützung und Förderung mehr denn je angewiesen. Brigitte Puschadel: "Das ist nicht nur die Beerdigung der Frauenpolitik. Das ist verfehlte Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik. Denn ohne Förderung, wie sie die Regionalstellen bisher leisten, haben viele Frauen keine berufliche Perspektive. Sie werden dauerhaft auf Sozialleistungen angewiesen sein. Statt in berufliche Förderung zu investieren, werden von der Landesregierung steigende Soziallasten produziert. Das wird auch im Kreis Recklinghausen zu einem Anstieg bei den Sozialkosten führen.
Quelle: WAZ

Frauen zeigen Minister rote Karte

"Pünktlich zu Beginn des europäischen Jahres der Chancengleichheit in 2007 wird in NRW die berufliche Frauenpolitik begraben." Empört reagierten die Vertreterinnen der 46 **Regionalstellen** "Frau und Beruf" NRW, als sie erfuhren, dass die Landesregierung sämtliche Beratungsstellen zum Ende des Jahres ersatzlos schließen wird. -

Vor allem die Begründung macht die Frauen wütend: "Die **Regionalstellen** hätten sich überholt, da inzwischen auch andere Ressorts die Erwerbsbeteiligung von Frauen intensiv fördern." Tatsächlich gehe es weder um Kostenersparnis noch um die Verbreitung der Chancengleichheit in allen Ministerien. Es gehe schlicht um die Vernichtung einer fachlich hoch angesehenen, aber politisch ungeliebten Instanz - zum Schaden der Frauen im Land.

Fakt sei: "Ohne **Regionalstellen** gibt es keine kontinuierliche berufliche Frauenförderung, die von aktiv handelnden Frauen voran gebracht wird. Es gibt keine Fachfrauen mehr zwischen Aachen und Detmold, Gronau und Siegen, die Bürgerinnen vor Ort beraten und dafür sorgen, dass Frauen im Strukturwandel den Anschluss nicht verpassen. Es gibt keine Stellen mehr, die sicherstellen, dass der Girls Day ebenso nachhaltig funktioniert wie die Beratung von Berufsrückkehrerinnen oder potentiellen Gründerinnen."

Die Vertreterinnen der **Regionalstellen** fordern daher alle engagierten Menschen in Politik und Gesellschaft auf: "Zeigen Sie Minister Armin Laschet die rote Karte! Lassen Sie nicht zu, dass im Fußballfieber still und leise die Frauenförderung zu Grabe getragen wird. Verteidigen Sie mit uns den Erhalt der beruflichen Frauenförderung. Sichern Sie Kompetenz, Qualität und engagierte Netzwerkarbeit für die Frauen in NRW." Stellungnahme

Freitag, 30. Juni 2006 | Quelle: Recklinghäuser Zeitung (Recklinghausen)

FATZ-Aus sorgt für Empörung

"Dass einschneidende Veränderungen anstehen, war uns allen klar, doch dass die Strukturen komplett zerschlagen werden, hat uns völlig überrascht", erklärte gestern Gabriele Thiesbrummel. Die Chefin der "Regionalstelle FATZ - Frauen Arbeit Technik Zukunft" mit Sitz an der Herner Straße erfuhr zum Wochenende, dass die Landesregierung sämtliche **Regionalstellen** zum Ende des Jahres ersatzlos schließen wird. -

Für die FATZ-Leiterin eine Maßnahme, die nicht in die Zeit passt: "Das Ziel, mit dem wir vor 17 Jahren gegründet wurden, für Frauen die Chancengleichheit im Beruf zu erreichen, ist noch lange nicht umgesetzt. Die Begründung zur Schließung der **Regionalstellen** von Armin Laschet kann ich nicht nachvollziehen." Der CDU-Politiker hatte erklärt, dass sich das Instrumentarium der Regionalstelle u.a. auch deshalb überholt habe, weil mittlerweile andere Stellen die Erwerbsbeteiligung von Frauen intensiv fördern. "Diese Anlaufstellen sehe ich aber im Land weit und breit nicht", so Thiesbrummel.

500 Beratungen

FATZ unterstützt nicht nur Existenzgründerinnen, sondern steht Frauen auch bei der Berufswahlorientierung, dem beruflichen Wiedereinstieg oder im Umgang mit neuen Technologien zur Seite. Ein weiterer Schwerpunkt liegt im Bereich der betrieblichen Frauenförderung. Der Jahresetat beträgt für 2006 300000 Euro. 50 Prozent trägt die EU, 30 Prozent das Land, 20 Prozent kommen von der Stadt. "Pro Jahr beraten wir etwa 250 Mädchen und Frauen in persönlichen Gesprächen, mindestens ebenso viele erhalten telefonisch Hilfestellung", so Gabriele Thiesbrummel. Im vergangenen Jahr nahmen 483 Frauen an FATZ-Kursen teil. "Wir werden trotz der Schließung Ende 2006 im August unser neues Kursprogramm für das zweite Halbjahr vorlegen", kündigte die FATZ-Leiterin gestern an.

Sie und ihre Kolleginnen werden übrigens durch das Aus der Beratungsstelle nicht arbeitslos. "Die FATZ-Mitarbeiterinnen sind unbefristet bei der Stadt angestellt. Wo wir sie demnächst einsetzen, müssen wir nun prüfen. Ich habe die Nachricht von der Schließung auch erst jetzt auf den Tisch bekommen", erklärte gestern Bürgermeister Wolfgang Pantförder.

Als "handfesten Skandal" bezeichnete der Parteichef der Grünen, Holger Freitag, die Vorgehensweise der Landesregierung. "Minister Laschet wirft nicht nur seine eigenen Zusagen über den Haufen, sondern er versucht dies auch noch sang- und klanglos im Windschatten der beginnenden Ferien zu tun."hb

Dienstag, 27. Juni 2006 | Quelle: Recklinghäuser Zeitung (Recklinghausen)

LESERBRIEF FATZ-Schließung

Hier wird bestes Porzellan zerschlagen Warum wird eine hervorragend arbeitende Einrichtung wie das FATZ in Zeiten geschlossen, in denen dringender denn je die Qualifizierung und Unterstützung von Menschen nötig ist, damit sie sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten, ihr eigenes Einkommen erzielen und für ihren Lebensunterhalt sorgen können? Es kann nicht sein, dass hier bestes Porzellan zerschlagen wird, weil es sich um Frauen handelt - um Frauenförderung und Frauenqualifizierung! Auch dem letzten Hinterbänkler der Regierungsparteien im Land müsste aufgefallen sein, dass Frauenerwerbstätigkeit bzw. -arbeitslosigkeit längst Größen sind, die wir auch wirtschaftspolitisch nicht vernachlässigen dürfen. Die Investitionen in 17 Jahre Beratung, Qualifizierung und Förderung in der Recklinghäuser Regionalstelle Frau und Beruf hat sich für unzählige einzelne Frauen und für das Gemeinwesen bezahlt gemacht. Das FATZ ist in Stadt und Region eine bekannte und bewährte Institution! Die nun beschlossene Schließung wird den Landeshaushalt kurzfristig entlasten, mittelfristig wird sie auch ökonomisch kontraproduktiv sein - als frauenpolitisches Signal wirkt sie schon jetzt verheerend!
Pfarrerin Martina Gregory Limperstraße 15
Quelle: WAZ

LESERBRIEF FATZ-Schließung

Frauenstrukturen nicht zerschlagen

Recklinghausen braucht weiterhin die kompetente Beratungsstelle "Frau und Beruf!" Mit Unverständnis nehmen wir den Beschluss des Ministers Armin Laschet (CDU) zur Kenntnis, die Regionalstellen "Frau und Beruf" zum Jahresende 2006 zu schließen. Damit wird ein wichtiger und gewachsener Teil der Fraueninfrastruktur zerschlagen. FATZ, Frauen, Arbeit, Technik und Zukunft in Recklinghausen unterstützt nicht nur Existenzgründerinnen, sondern steht Frauen auch bei der Berufswahlorientierung, dem beruflichen Wiedereinstieg oder im Umgang mit neuen Technologien zur Seite. Das geschieht stets individuell und ist qualitativ nicht vergleichbar mit einer vom Minister Laschet vorgeschlagenen Alternative, einer Hotline in Düsseldorf. Auch für die Frauenberatung gilt FATZ als eine unverzichtbare Anlaufstelle für Frauen in psychosozialen Notlagen, da sie dort parallel bei ihrer Neuorientierung unterstützt werden. Wir fordern das Düsseldorfer Ministerium auf, die bestehenden und bewährten Frauenstrukturen von hoher Qualität in Nordrhein-Westfalen zu erhalten und finanziell abzusichern. Zugleich bitten wir Bürgermeister Wolfgang Pantförder (CDU), seinen Einfluss geltend zu machen, dass die Regionalstelle "Frau und Beruf" in Recklinghausen weiter bestehen kann. Das Team der Frauenberatung Recklinghausen
Quelle: WAZ

Remscheid:

Pressemitteilung der Stadt Remscheid vom 28. April 2006
Kürzungen bei den Regionalstelle Frau und Beruf können auch Remscheid treffen

Mit großer Besorgnis wurde die Nachricht einer zusätzlichen erheblichen Kürzung der Landesmittel für die Regionalstellen Frau und Beruf zur Kenntnis genommen.
Noch im Dezember 2005 hat der zuständige Frauenminister Laschet der Stadt Remscheid einen Zuschuss in Höhe von 74.000 Euro in Aussicht gestellt. Der Stadtrat beschloss daraufhin die Weiterführung der Stelle und die Verwaltung stellte den Förderantrag. Die Hälfte der Landesmittel wurde „als 50%iger Abschlag" bereits schriftlich bewilligt. „Es steht nun zu befürchten, dass die Landesregierung die Stadt mit den restlichen Kosten im Regen stehen lässt", so Frauenbeauftragte Christel Steylaers: „Minister Laschet muss sein Versprechen der Sicherung der Regionalstellen für 2006 einlösen."

Ganz unklar ist die Situation für 2007. Angesichts der hervorragenden Arbeit, die in der Regionalstelle Frau und Beruf geleistet wird - z.B. aktuell die Organisation des Girls Day in dieser Woche, an der sich 300 Schülerinnen und 17 Betriebe beteiligt haben - würde die Stadt Remscheid die wichtige Aufgabe, die Chancengleichheit im Beruf für Frauen und Mädchen zu optimieren, gerne fortführen. Das geht aber nur, wenn das Land sich auch weiterhin in erheblichem Umfang an den Kosten beteiligt.
Quelle: www.remscheid.de

Solingen:

"Das ist eine Hiobsbotschaft für uns Frauen"

Land NRW stellt Förderung für Regionalstelle Frau und Beruf ein / Fast 150 Frauen werden im Jahr persönlich beraten

(kc) Eiskalt wurden die Mitarbeiterinnen der Regionalstelle Frau und Beruf von der Nachricht erwischt. "Es gab keine Hinweise, dass wir Ende des Jahres kein Geld mehr bekommen", sagt Leiterin Uta Rahn. "Das ist eine Hiobsbotschaft für uns Frauen."

Im Mai noch habe Minister Armin Laschet angekündigt, die Anzahl der Regionalstellen zu verringern. Daher habe Solingen auch schon die Kooperation mit den Regionalstellen im bergischen Städtedreieck gesucht; die Stelle sei im Zweckverband der Volkshochschulen aufgegangen. "Besonders traurig ist, dass die Einzelberatungen nicht mehr stattfinden können", betont Ute Rahn. "Die waren so wichtig für die Frauen, wir haben ihnen so viele wertvolle Tipps und Informationen geben können, und sie kamen immer gestärkt und motiviert aus dem Gespräch heraus." Vergangenes Jahr sind etwa 150 Frauen beraten worden.

1999 wurde die Regionalstelle Frau und Beruf in Solingen am Neumarkt eröffnet: Immer in enger Kooperation mit dem Berufsbildungszentrum der VHS und anderen Institutionen wurden Angebote für Existenzgründerinnen organisiert oder Kurse für Wiedereinsteigerinnen in den Beruf. Sozialhilfeempfängerinnen (später Hartz IV) wurden qualifiziert, Abiturientinnen beraten.

"Ich wüsste nicht, wer in Solingen die Aufgaben übernehmen sollte", sagt die Gleichstellungsbeauftragte Evelyn Wurm. "Durch die sehr enge Zusammenarbeit konnten wir viel erreichen, obwohl wir mit immer weniger Geld auskommen mussten." Zum Frauentag nämlich hatte die Beauftragte für Chancengleichheit der Agentur für Arbeit, Kathrin Birkenstock, signalisiert, dass auch sie immer weniger Mittel für die Qualifizierung von Frauen zur Verfügung habe. Gabriele Racka-Watzlawek, die Vorsitzende der Frauen-Union der CDU in Solingen, kritisiert die Entscheidung des Frauenministers: "Freiwillige Leistungen werden leider zuerst weggekürzt. Aber vielleicht haben wir dennoch die Möglichkeit, die Aufgaben im Zweckverband fortzuführen."
Für Martina Zsack-Möllmann, Fraktionssprecherin der Solinger Grünen, ist die Kürzung in Skandal. "Der Minister stellt sich gegen die gesellschaftliche Wirklichkeit."
Quelle: www.solinger-tageblatt.de

Sprockhövel:

Landrat: "Unverzichtbar"

Land will Regionalstellen "Frau und Beruf" zum Jahresende schließen

DGB, Grüne und Landrat Dr. Brux protestieren Die Ankündigung des NRW-Familienministeriums, die Regionalstellen "Frau und Beruf" zum Jahresende schließen zu wollen, bezeichnete MdB Irmingard Schewe-Gerigk als "schweren Schlag gegen die Gleichstellungspolitik im EN-Kreis". Betroffen wären die Büros Büros in Hagen/Gevelsberg, Witten und Hattingen. Dazu Schewe-Gerigk, die dem Beirat der Regionalstelle Frau und Beruf-EN angehört: "Die lapidare Ankündigung, dass die Regionalstellen geschlossen werden, ist ein Skandal. Nicht nur wirft Minister Laschet seine eigenen Zusagen über den Haufen, er versucht dies auch noch sang- und klanglos im Windschatten der Ferien zu tun." Die schwarz-gelbe Landesregierung stelle sich gegen die gesellschaftliche Wirklichkeit, denn Frauen würden noch immer im Berufsleben benachteiligt, unterstreicht die Politikerin.
Dabei seien die Frauen des Ruhrgebiets bereits heute weniger gleichgestellt als in anderen Regionen Deutschlands," ergänzt Jörg Obereiner, Sprecher der Kreistagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen im EN-Kreis. Mit der Feststellung "unverzichtbar" hat EN-Landrat Dr. Arnim Brux auf die Botschaft reagiert. Nach Brux Auffassung ist die "vielschichtige qualifizierte Arbeit" der Regionalstellen "auch in Zukunft notwendig" und kann nur begrenzt durch andere Institutionen übernommen werden. Die Stellen seien "anerkannte Ansprechpartner für Unternehmen, die qualifizierte Frauen dauerhaft beschäftigen wollen, für Mütter, die den Wiedereinstieg in den Beruf schaffen wollen und dabei Hilfe in Anspruch nehmen, und für Gründerinnen." Wie der Landrat weiter hervorhob, führe die demografische Entwicklung zwangsläufig zu einer verstärkten Nachfrage nach qualifizierten weiblichen Arbeitskräften. Auf die Städte kämen damit neue Herausforderungen zu, die auch zukünftig "qualifizierter Anlaufstellen vor Ort" bedürfen. Der Regionsvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbund Ruhr-Mark (Bochum), Michael Hermund, unterstreicht, dass in den vergangenen 20 Jahren der Anteil der Frauen mit Normalarbeirsverhältnissen und ausreichenden Einkommen gesunken sei. Hermund: "Für den DGB ist es unverständlich, dass die Landesregierung die wichtige Arbeit der Regionalstellen nicht weiterführen will."
Quelle: WAZ

Regionalstelle nicht mehr zeitgemäß

MdB Brauksiepe verteidigt Landespolitik

Die Einstellung der finanziellen Förderung der Regionalstellen "Frau und Beruf" bezeichnete der CDU-Bundestagsabgeordneter Dr. Ralf Brauksiepe gestern als einen richtigen Schritt. Die Landesregierung habe sich zum Ziel gesetzt, die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt zu verbessern und einzugreifen, wo Frauen auch heute noch gegenüber Männern benachteiligt seien. Um dieses Ziel zu erreichen, seien Anstrengungen aller Ressorts notwendig, insbesondere des Arbeits- und Sozial-, als auch des Wirtschaftsministeriums, unterstreicht der heimische Abgeordnete. In der Stellungnahme heißt es unter anderem weiter: "Da sich richtigerweise eine Philosophie der aktiven Frauenförderung in nahezu allen Politikbereichen durchgesetzt hat, ist die Förderung der Regionalstellen durch das Familienministerium NRW nicht mehr zeitgemäß. Nicht zuletzt wegen des Schuldenberges, der sich nach 39 Jahren SPD-Regierung aufgetürmt hat und mit Rücksicht auf das Interesse der Menschen an einem verantwortungsbewussten Umgang mit Steuergeldern ist es richtig, wenn die Landesregierung die Förderung überholter Strukturen aufgibt."
Quelle: WAZ

Steinfurt:

Regionalstelle "Profile" in Existenz bedroht

Kreis Steinfurt - Die **Regionalstelle** Frau und Beruf für den Kreis Steinfurt "Profile" ist in ihrem Bestand bedroht.

Franziska Lengers ist entsetzt: "Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration hat unserem Träger, der Evangelischen Jugendhilfe Münsterland am vergangenen Freitag mitgeteilt, dass es trotz der guten Arbeit die die **Regionalstelle**n leisten, für 2007 keine weitere Landesförderung plant, da andere Instrument zur Verfügung ständen, die auch auf Belange von Frauen achten. Wir meinen, wo Frauenförderung draufsteht, sollte auch Frauenförderung drin sein."

Nicht nachvollziehbar
Von der Entscheidung der Landesregierung NRW sind insgesamt 46 **Regionalstelle**n im Land betroffen. Die **Regionalstelle** Frau und Beruf im Kreis Steinfurt wird seit 1990 mit Mitteln des Landes, des Kreises Steinfurt, der Stadt Steinfurt und des Trägers Ev. Jugendhilfe Münsterland gefördert.
Für den Träger Ev. Jugendhilfe Münsterland gGmbH, ist die Entscheidung der Landesregierung, sich vollständig aus der Finanzierung der **Regionalstelle** zurückzuziehen, nicht nachvollziehbar. Durch den Wegfall der Landesförderung sei eine im Kreis Steinfurt unverzichtbare Institution zur Förderung der Berufstätigkeit von Frauen massiv gefährdet.

Wichtiger "Motor"
Auch wenn gleichstellungspolitische Ziele eine stärkere Verankerung in allen Politikbereichen gewonnen haben, die **Regionalstelle** Frau und Beruf für den Kreis Steinfurt "Profile" sei "ein Motor, der auch weiterhin notwendig ist, um die Verbesserung der Chancengleichheit im Sinne der Frauen und auf allen Ebenen voranzutreiben".
Mit den Schwerpunkten Familie und Beruf, Berufswahlorientierung, Genderpolitik und Existenzgründung ist die **Regionalstelle** zu einer zentralen Anlaufstelle in der beruflichen Orientierung von Frauen geworden. Allein im Jahr 2005 haben mehr als 2800 Frauen und Mädchen die **Regionalstelle** Frau und Beruf für Kontaktgespräche, Beratungen, Qualifizierungen sowie Fach- und Informationsveranstaltungen genutzt.
Mit Projekten, Workshops, Orientierungsberatungen, Fachveröffentlichungen und dem Engagement in zahlreichen kommunalen und überregionalen Netzwerken gewährleistet die **Regionalstelle** eine hohe Qualität und verfügt über ein starkes Netzwerk.
Kernaufgaben
Obwohl die Einrichtung bereits in den vergangenen Jahren massive Kürzungen der Landesmittel kompensieren musste, konnten diese bislang durch eine Konzentration auf die Kernaufgaben, die Beratung von jungen Frauen, die Beratung von Wiedereinsteigerinnen und Existenzgründerinnen, durch große Anstrengungen des Trägers und der Mitarbeiterinnen sowie die finanzielle Unterstützung des Kreises und der Stadt Steinfurt aufgefangen werden. Durch die jetzigen Kürzungen ist die **Regionalstelle** Frau und Beruf für den Kreis Steinfurt "Profile" in ihrem Bestand bedroht.
Struktur gefährdet
Und das in einer Zeit, in der der Druck auf die Frauen deutlich größer wird. "Ohne die **Regionalstelle** Frau und Beruf gäbe es im Kreis Steinfurt für Frauen und Mädchen in der Berufsorientierung, Berufsrückkehr und beruflichen Neuorientierung dieses niedrigschwellige Angebot nicht mehr. 15 Jahre Erfahrung und eine Struktur, die zahlreiche Projekte und ein landesweit vorbildliches Frauennetzwerk aufgebaut hat, wären unwiederbringlich verloren", heißt es abschließend in einer Stellungnahme des Trägers.
Mittwoch, 28. Juni 2006 | Quelle: Münstersche Zeitung (Kreis Steinfurt)

Warendorf:

Aus für die Regionalstelle

Kreis Warendorf. Noch vor wenigen Wochen hatte Minister Laschet im Frauenausschuss verkündet, es werde im Jahr 2007 **Regionalstelle**n Frau und Beruf gebenwenn auch in veränderter Zuständigkeit und reduzierter Zahl. Nun ist klar, dass die Landesregierung zum 1. Januar 2007 die Förderung der **Regionalstelle**n einstellen will. Dies bedeutet auch das Aus für die Einrichtung in Ahlen. Annette Watermann-Krass, SPD-Landtagsabgeordnete, bedauert die Entscheidung: Mit der Einstellung der institutionellen Förderung entfällt für die **Regionalstelle** vor Ort die Existenzgrundlage und das bei der

weit unterdurchschnittlichen Berufstätigkeit von Frauen von 48,3 Prozent im Bezirk der Agentur für Arbeit in Ahlen. Keiner der Trägerob kommunal oder freiwerde in der Lage sein, diese Mittel abzufedern. Auch eine Projektförderung werde weder ausreichen, die Finanzlücke zu schließen, noch könne sie verlässliche Grundlage für ein weiteres Engagement der Träger darstellen. Die Entwicklung sei deshalb ärgerlich, weil eine wichtige Anlaufstelle für Berufseinsteigerinnen, Existenzgründerinnen und junge Mädchen wegfalle. Annette Watermann-Krass kommentiert: Dies ist ein schwerer Schlag für die Förderung der Frauenerwerbstätigkeit in unserer Region.
Dienstag, 27. Juni 2006 | Quelle: Westfälische Nachrichten (Kreis Warendorf)

Witten:

Land spart bei "Frau und Beruf"

Regionalstellen in Witten und an den anderen 45 Standorten droht die Schließung. Regierung in Düsseldorf will die Aktivitäten jetzt in kleineren Netzwerken bündeln

Die "Regionalstelle Frau und Beruf" bei der Stadt steht vor dem Aus. Das Land will die bis Ende 2006 laufende Förderphase nicht verlängern. Für Heike Keßler, Leiterin der Regionalstelle, wäre dies eine herbe Enttäuschung. Seit neun Jahren berät sie Frauen, die sich für berufliches Fortkommen interessieren. In einer Zeit, in der Familie und Beruf von der Politik positiv thematisiert werden, entfiele durch die Streichung der Regionalstellen ein über Jahre aufgebautes Netzwerk an intakten Beratungseinrichtungen. 46 Regionalstellen gibt es in Nordrhein-Westfalen. Heike Keßler kooperiert mit den Stellen an den Standorten Bochum, Hattingen und Herne. Auch diese würden Opfer einer Neuausrichtung durch die Landesregierung, wobei künftig so genannte Start-Center (Existenzgründung) und Familien-Center (Frau und Beruf) die Arbeit der Regionalstellen - mit weitaus weniger Personal - fortsetzen könnten. Was Witten betrifft, ergibt sich für NRW eine Zuschuss-Ersparnis von jährlich 66 000 Euro. Keßler und Halbtagskraft Brigitte Konkel verlieren zwar ihren Job, sie werden aber ab 2007 anderweitig bei der Stadtverwaltung eingesetzt.
Quelle: WAZ

"Hauptkompetenz geht mit unserem Netzwerk verloren"

Witten - Nach elf Jahren muss die Regionalstelle Frau und Beruf zum Jahreswechsel auch in Witten ihre Arbeit einstellen. "Das Land hat uns die Schließungsabsicht bereits mitgeteilt", erklärte gestern Heike Keßler: Seit 1997 berät sie die Wittenerinnen in allen Fragen, die rund um den Beruf auftauchen können.
Da die Diskussion um den Bestand der 46 **Regionalstellen** schon länger andauert, rechnet Heike Keßler nicht mehr mit ihrer Rettung. Doch eigentlich hatten die Ganztagskraft und die sie unterstützende halbe Bürokraft Brigitte Konkel bis zuletzt gehofft, dass eine angedachte Neugliederungs-Alternative zum Tragen kommen würde: "Dann wären wenigstens 16 Standorte für Regionen erhalten geblieben, die sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Wiedereingliederung in den Beruf beschäftigt hätten", erklärt eine enttäuschte Heike Keßler.
Dabei geht es ihr nicht etwa um den Verlust ihrer Stelle, denn sie und ihre Kollegin werden als fest angestellte Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung künftig in anderen Arbeitsbereichen eingesetzt. Doch nach ihrer Einschätzung bleibt nun eine langjährige Arbeit für Frauen auf der Strecke, in der sie ein ganzes Netzwerk aufgebaut hat. Ihre Arbeit erstreckte sich auch auf den politischen Raum und auf Gremien wie den Beirat der JobAgentur. "Einzelne Kurse können natürlich auch andere anbieten, doch sie haben nicht wie wir die Gesamtproblematik von Frau und Beruf im Blick", kann Heike Keßler das Argument der Landesregierung nicht nachvollziehen, es gebe an dieser Stelle ein "überflüssiges Nebeneinander ähnlicher Angebote". Das beziehe sich eher auf die Überschneidung in den Zuständigkeitsbereichen der Ministerien. Auch die Neureglung werde daran aber nichts ändern. "Die

Hauptkompetenz fällt aber weg", fürchtet Heike Keßler. Dabei sei doch die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerade in Anbetracht der sinkenden Geburtenraten so hochaktuell.
Ersparnis 66 000 Euro
Die Wittenerin vermutet, dass die Beratung künftig aus Ersparnisgründen über zeitlich befristete Lösungen abgewickelt wird. "Da ist keine Kontinuität mehr gewährleistet." Die bislang in den **Regionalstellen** gebündelten Themen werden nach den Plänen der Landesregierung z.B. auf die neuen Start-Center (Existenzgründung) und Familien-Center (Frau und Beruf) verlagert.
Für die Wittener Regionalstelle spart Düsseldorf künftig jährlich 66 000 Euro ein. In dieser Summe enthalten sind neben 80 Prozent der Personalkosten für die Wittener Kräfte auch Anteile am Personal der **Regionalstellen**-Standorte Bochum, Hattingen und Herne. Witten bildete mit diesen Städten bislang den Verbund Mittleres Ruhrgebiet. - Lin
Dienstag, 27. Juni 2006 | Quelle: Ruhr Nachrichten (Witten)

Qualifizierte Frauen haben gute Chancen bei der Jobsuche

Witten - Als unverzichtbar hat der Landrat der Ennepe-Ruhr-Kreises, Dr. Arnim Brux, vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion die "**Regionalstellen** für Frau und Beruf" bezeichnet. Im Kreis existieren drei Einrichtungen, und zwar in Gevelsberg (in Kooperation mit Hagen), Hattingen und Witten.
Nach Brux Auffassung ist die "vielschichtige qualifizierte Arbeit" der **Regionalstellen** vor Ort "auch in Zukunft notwendig" und kann nur begrenzt durch andere Institutionen übernommen werden. Sie sind anerkannte Ansprechpartner für Unternehmen, die qualifizierte Frauen dauerhaft beschäftigen wollen, für Mütter, die den Wiedereinstieg in den Beruf schaffen wollen und dabei Hilfe in Anspruch nehmen, und für Gründerinnen. Die **Regionalstellen**, betont auch die Gleichstellungsbeauftragte des Kreises, Renate Terboven, sind wichtig "für eine Region, die den Strukturwandel bewältigen will, und das geht nur mit Frauen, ohne Alternative".
Wie der Landrat weiter hervorhob, führt die demografische Entwicklung zwangsläufig zu einer verstärkten Nachfrage nach qualifizierten weiblichen Arbeitskräften. Auf die Städte kämen damit neue Herausforderungen zu, die auch zukünftig "qualifizierter Anlaufstellen vor Ort" bedürfen.
Elternzeit
Betriebe und Eltern müssten während der Elternzeit Kontakt halten und benötigten danach attraktive Arbeitszeitmodelle. "So binden Unternehmen gut ausgebildete Frauen und sparen langfristig erhebliche Kosten ein", argumentiert Brux. Die **Regionalstellen** entwickelten die dafür passenden Bausteine und gäben Berufsrückkehrerinnen "mit umfassender Beratung und passgenauer Weiterbildung entscheidende Impulse für den Weg zurück in den Beruf".
Brux ist der Ansicht, dass es im Mittelstand ohne qualifizierte Frauen nicht weiter geht. Gerade in den Bereichen "unternehmensnahe Dienstleistungen" und Gesundheitswirtschaft würden mehr qualifizierte Frauen gebraucht: "Aber nur diejenigen werden den Anforderungen eines dynamischen Arbeitsmarktes gerecht, die zum lebenslangen Lernen bereit und in der Lage sind. Dabei müssen sie unterstützt werden."
Der Ennepe-Ruhr-Kreis hat zuletzt während des Besuchs des NRW-Ministerpräsidenten in Schwelm und Wetter sein Anliegen vorgetragen. Brux übergab dabei Dr. Jürgen Rüttgers einen Brief, in dem er u.a. der Hoffnung Ausdruck verlieh, "dass Sie Ihre Entscheidung, alle 46 **Regionalstellen** im Land Nordrhein-Westfalen aufzulösen, nochmalig überdenken".
Samstag, 01. Juli 2006 | Quelle: Ruhr Nachrichten (Witten)

Harsche Kritik an "Aus" für Frauen-Power

Landrat, Grüne und DGB fordern den Erhalt der Regionalstellen Frau und Beruf

Als unverzichtbar haben EN-Landrat Arnim Brux, die Grünen EN, der DGB (Region Ruhr-Mark) und Caro Golding (Witten) die "Regionalstellen Frau und Beruf" bezeichnet. Ihre Stellungnahmen mit teils harscher Kritik an der NRW-Regierung, könnten Seiten füllen. Wie berichtet, will das Land zum 31. 12. 2006 die

Zuschüsse komplett streichen, jedoch ein anderes Netzwerk mit weniger Personal und Kosten aufbauen. lassen. Laut Brux ist die "vielschichtige qualifizierte Arbeit" der Regionalstellen "notwendig", sie könne nur begrenzt durch andere Institutionen ersetzt werden. Regionalstellen seien Ansprechpartner für Unternehmen, die qualifizierte Frauen dauerhaft beschäftigen wollen, für Mütter, die den Wiedereinstieg in den Beruf schaffen wollen und dabei Hilfe in Anspruch nehmen, für Existenzgründerinnen in Bereichen wie "unternehmensnahe Dienstleistungen" und Gesundheitswirtschaft.
Die Regionalstellen, betont auch die EN-Gleichstellungsbeauftragte Renate Terboven, seien wichtig "für eine Region, die den Strukturwandel bewältigen will, das geht nur mit Frauen - ohne Alternative". Wie Brux und die anderen Kritiker auch betonen, führe die demografische Entwicklung zu einer verstärkten Nachfrage nach qualifizierten weiblichen Arbeitskräften. Auf Städte kämen Herausforderungen zu, die auch zukünftig "qualifizierter Anlaufstellen vor Ort" bedürften. Im Mittelstand gehe es ohne qualifizierte Frauen nicht weiter. Irmingard Schewe-Gerigk (MdB-Grüne) spricht von einem "schweren Schlag gegen Gleichstellungspolitik im EN-Kreis". Laut DGB "darf sich das Land nicht aus der Finanzierung stehlen". Golding, Dozentin (freiberuflich) für Frauenbildung, zeigt der Landesregierung die "rote Karte". Ke.

Wuppertal:

Beratung nach der Familienpause fällt künftig weg

VHS könnte "Frau und Beruf"-Seminare retten.

Wuppertal. "So ganzheitlich wie wir, bietet kein anderer die Wiedereinstiegsberatung für Frauen nach der Familienpause an", sagt Martina Romanski-Sudhoff, Leiterin der Regionalstelle Frau und Beruf. Auf das Angebot werden die Wuppertalerinnen zukünftig verzichten müssen, denn die CDU/FDP-Regierung NRWs hat die Schließung aller landesweit 40 Regionalstellen zum 31. Dezember dieses Jahres beschlossen.
480 Frauen hatten im vergangenen Jahr in Wuppertal die Einzelberatungen zum Wiedereinstieg und zu Existenzgründungen in Anspruch genommen. Rund 2000 Frauen waren bei den Seminaren und Infoveranstaltungen dabei.
Seit 2006 hatten sich die Wuppertaler und die Solinger Regionalstelle zusammengetan, bedingt durch den Zusammenschluss der Volkshochschulen (VHS), denen die Regionalstellen "Frau und Beruf" (in Wuppertal nannte man sich "Zentrum zur beruflichen Frauenförderung") zugeordnet waren.
"Das Aus kam für uns überraschend", sagt VHS-Leiterin Monika Biskoping. Zwar hatte man sich nach entsprechenden Ankündigungen aus dem NRW-Frauenministerium auf Kürzungen eingestellt, von der Auflösung der Regionalstellen sei jedoch nie die Rede gewesen.
"Wir werden in den kommenden Wochen überlegen, welche der Angebote wir mit Übernahme in das VHS-Programm retten können", sagt Biskoping. Die sieben Mitarbeiterinnen der Regionalstelle bleiben als VHS-Angestellte zwar an Bord, die Beratung werde trotzdem auf der Strecke bleiben.
Und das vor dem Hintergrund, dass die Stiftung Warentest die Beratung der Regionalstellen Anfang des Jahres als beste ihrer Art eingestuft hatte. "Der Wegfall einer Anlaufstelle, die durch Mundpropaganda gut angenommen wurde, ist schwer zu kompensieren", sagt Monika Biskoping.
Und Martina Romanski-Sudhoff verweist auf zahlreiche Projekte, wie den Girl`s Day, die ohne die Mitarbeiterinnen der Regionalstellen nicht entstanden wären.
NRW-Frauenminister Armin Laschet (CDU) hingegen hält die Arbeit in den Regionalstellen für verzichtbar. In einer Pressemitteilung heißt es: "Das Instrumentarium der vom Frauenministerium finanzierten Regionalstellen Frau und Beruf ist überholt, da inzwischen auch andere Ressorts die Erwerbsbeteiligung von Frauen intensiv fördern."
28.06.06Von Silke Derkum
Quelle: www.wz-newsline.de